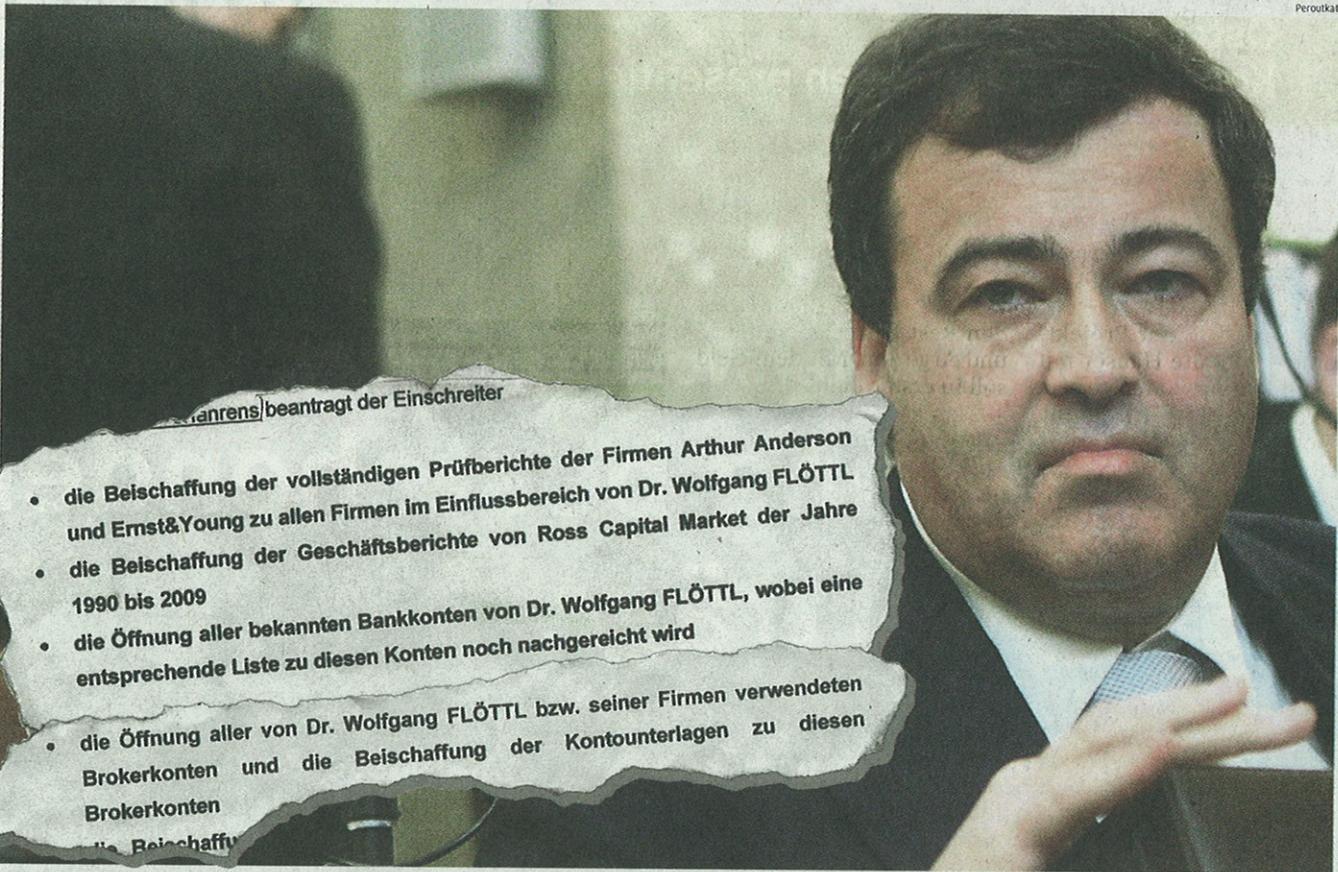


# Neuer Anlauf, Flöttls Konten zu öffnen

Peroutka



- Stranzinger beantragt der Einschreiter
- die Beischaffung der vollständigen Prüfberichte der Firmen Arthur Anderson und Ernst&Young zu allen Firmen im Einflussbereich von Dr. Wolfgang FLÖTTL
  - die Beischaffung der Geschäftsberichte von Ross Capital Market der Jahre 1990 bis 2009
  - die Öffnung aller bekannten Bankkonten von Dr. Wolfgang FLÖTTL, wobei eine entsprechende Liste zu diesen Konten noch nachgereicht wird
  - die Öffnung aller von Dr. Wolfgang FLÖTTL bzw. seiner Firmen verwendeten Brokerkonten und die Beischaffung der Kontounterlagen zu diesen Brokerkonten
- die Beischaffung

Elsner-Anwalt Andreas Stranzinger hat die Konten von Investmentbanker **Wolfgang Flöttl** im Visier

**U-Häftling und Ex-Bawag-Chef Elsner will von der Staatsanwaltschaft Leoben Flöttls Konten öffnen lassen. Die Bawag-Gelder seien nicht nur in der Karibik versickert.**

Im Verfahren des in U-Haft sitzenden Ex-Bawag-Chefs Helmut Elsner gegen Justizministerin Claudia Bandion-Ortner, deren Kabinettschef Georg Krakow und Richterin Gerda Krausam in Leoben ist die dortige Staatsanwaltschaft mit einer Reihe neuer Beweisanträge konfrontiert: Elsners Anwalt Andreas Stranzinger geht es dabei vor allem um die Erhärtung des Vorwurfs, Investmentbanker Wolfgang Flöttl habe die verschwundenen Bawag-Milliarden nicht verspekuliert, sondern womöglich zum Teil in eigene Kanäle abgezweigt. „Das Geld ist ja nicht einfach in der Karibik versenkt worden, sondern es muss ja irgendwo gelandet sein“, sagt Stranzinger, der jetzt die Öff-

nung aller Bank- und Brokerkonten von Flöttl beantragt hat. Zudem sollen die vollständigen Prüfberichte von Arthur Andersen und Ernst & Young zu allen Firmen im Einflussbereich Flöttls und die Geschäftsberichte von Ross Capital Market beigebracht werden (siehe Faksimile). Dazu fordert Stranzinger ein Rechtshilfeersuchen an die Strafverfolgungsbehörden der Vereinigten Staaten.

Mit den Antrag verbunden ist der Vorwurf an die ehemalige Bawag-Richterin Bandion-Ortner und an Ex-Staatsanwalt Krakow, entsprechende Beweisanträge im damaligen Gerichtsverfahren unterlassen und dessen Verlauf damit beeinflusst zu haben. Stranzinger: „Wären man damals dem Verbleib des Geldes nachgegangen, so hätte sich die Rolle Elsners wohl anders dargestellt“, sagt Elsners Anwalt.

## Forensic Accountants

Er will den Einsatz von sogenannten Forensic Accountants (*professionellen Recherchieren, Anm.*). Stranzinger:

„Flöttl musste keine Unterlagen vorlegen; zudem sind Beweismittel im Zuge eines Computerabsturzes verloren gegangen“.

Einen weiteren Rückschlag muss indes Elsner, der als einziger der neun – nicht rechtskräftig – verurteilten Bawag-Angeklagten in U-Haft sitzt, in Sachen Enthaftung hinnehmen. Nach mehr als zehn vergeblichen Enthaftungsanträgen und einer beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte anhängigen Beschwerde wurde dieser Tage ein Antrag auf Evaluierung von Elsners aktuellem Gesundheitszustand abgelehnt. Sonja Herbst von der Staatsanwaltschaft Wien begründet dies unter anderem damit, dass es „während der U-Haft keine Haftuntauglichkeit gibt“. Zudem lasse sich aus Aussagen von Elsners Gattin Ruth ableiten, dass „im Falle einer Flucht genügend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, um Helmut Elsner eine gute medizinische Betreuung im Ausland zukommen zu lassen“.

GÜNTER FRITZ

guenter.fritz@wirtschaftsblatt.at

## KARIBIKDEALS ADÉ

Finanzminister Josef Pröll will die Bundesfinanzierungsagentur, die für das Schulden-Management des Staates zuständig ist, künftig enger kontrollieren. Sie soll künftig an die Weisungen des Finanzministeriums gebunden sein und keine Geschäfte mit Zweckgesellschaften in Offshore-Zentren mehr durchführen dürfen. Die gesetzlichen Grundlagen für die ÖBFA-Reform, deren Fokus auf Risikominimierung liegt, sollen heute, Dienstag, vom Ministerrat fixiert werden. So ist eine Trennung der Geschäftsbereiche – zwischen jener Stelle, die Geschäfte abwickelt, und jener, die das Risiko beurteilt – vorgesehen. Künftig soll auch die interne Revision des Finanzministeriums die Geschäfte der ÖBFA unter die Lupe nehmen. Bis 31. Oktober wird ein Vorschlag unterbreitet, der grundlegende Aussagen zur Veranlagungsstruktur des Bundes und zur geplanten Mittelaufnahme des Folgejahres enthält. Externe Experten sollen die bestehenden Risikoprozesse überarbeiten.